

## Nicole Janigro

### Jugoslawien - Vom Krieg der Worte zum Krieg der Banden

*Zusammenfassung: Der jugoslawische Bürgerkrieg kam für viele Beobachter vollkommen unerwartet und wird mit unfaßbarer Grausamkeit geführt. Die Folgen dieses Kriegs sind nicht abzusehen. Der vorliegende Beitrag schildert die letzten zehn Jahre seine Vorgeschichte, die vom Zerfall der zentralen Behörden im Verlauf einer gleichsam »demokratisierenden Desintegration« über einen »Krieg der Massenmedien« zu einem vielenorts von kaum kontrollierbaren Banden geführten Krieg eskalierte.*

Für ganz Jugoslawien hat die Stunde X, seit langem erwartet und angekündigt, schließlich geschlagen. Sie brachte allerdings weder den gleichzeitigen Zusammenbruch der Wirtschaft der sechs Republiken noch den »Übergang zum Kapitalismus« mit sich. Sie führte unausweichlich und Schritt für Schritt in zahlreichen Regionen des Landes zum Krieg - zu einem »seltsamen Krieg«, chaotisch und anarchisch. Zu einem Krieg, dessen Rhythmus dem Zustand sehr ähnlich ist, der während der letzten Friedensjahre geherrscht hatte. Es ist ein irrsinniges »Stop-and-go« für die Kämpfenden und ein erschütternder Zustand für die Menschen, die nunmehr lernen müssen, im Alltag des Krieges zu überleben.

Heute liegt in Jugoslawien alles in Scherben: die Kommunikationsverbindungen - in der Luft, auf der Schiene, auf der Straße - sind zerstört oder vorsätzlich »isoliert«. Seit Mitte Oktober gilt dies auch für die Telefonverbindungen: zwischen Zagreb und Belgrad, zwischen Ljubljana und Sarajewo existieren sie nicht mehr. Die kroatische Regierung wirft der Armee vor, die Leitungen unterbrochen zu haben, und die militärische Führung beschuldigt ihrerseits die kroatische Post- und Telekommunikationsgesellschaft, hierfür verantwortlich zu sein. Für Familien und Freunde, die der Krieg getrennt hat, ist die Unmöglichkeit der Kommunikation die schlimmste Kriegsfolge, zumindest darin sind sich alle Bevölkerungsgruppen einig - Serben, Kroaten, Albaner und Bosnier. Mit den Anderen zu sprechen, wird immer schwieriger.

Die Zahl der kroatischen und serbischen Flüchtlinge beläuft sich auf über 300.000, doch viele Menschen empfinden sich heutzutage als »Flüchtlinge im eigenen Land«. Der Sturm des Krieges hat den langwierigen Prozeß der »nationalen Homogenisation« ad absurdum geführt. Die Menschen werden aufgerufen, sich aktiv am Krieg zu beteiligen: in Belgrad sollen sie sich zu den Waffen melden, in Zagreb verbringen sie die Nächte in Finsternis, die Tage in Schutzräumen und die Wochenenden mit Besuchen bei den verletzten »Gardisten« (d. h.

bei Angehörigen der Nationalgarde und der freiwilligen Miliz), die von der Front zurückgekehrt sind. Wer nicht von der schicksalhaften Notwendigkeit des Krieges überzeugt ist, wer sich weder als Serbe noch als Kroat, sondern ausschließlich als Jugoslawe empfindet, wird verfolgt oder aus der eigenen Gemeinschaft ausgeschlossen und gezwungen, »vorübergehend« in Ljubljana Zuflucht zu suchen oder im Ausland mehr oder weniger ins Exil zu gehen.

Der Schock ist groß, denn Jugoslawien war in der Tat ein sehr offenes Land, seine Einwohner hatten sich jahrzehntelang als Weltbürger gefühlt. Wer sich mit ihrer oder seiner neuen »nationalen« Identität nicht abfindet, bleibt allein und ohnmächtig. Die Entwicklung unter den Intellektuellen ist hierfür exemplarisch: Eine Mehrheit bekennt sich zum eigenen *Nationen-Staat*, eine kleine Minderheit organisiert Versammlungen für den Frieden, viele sind verzweifelt, weil sie nicht in der Lage sind, irgendwelche Zeichen der »Opposition« zu setzen. »Wir waren daran gewöhnt, eine Ideologie zu kritisieren, nicht jedoch daran, als 'Ver-räter' unserer Nation, die sich noch dazu im Krieg befindet, bezeichnet zu werden«, so hört man es in Zagreb von Politologen, Philosophen und Soziologen, die traditionell »kritisch« eingestellt sind. Daher ist es durchaus denkbar, daß die Diaspora der ehemals jugoslawischen Intellektuellen in Zukunft größere Dimensionen annehmen wird und daß die Verständigungsmöglichkeiten zwischen denen, die im Lande leben, und denen, die bereits »draußen« sind, ganz »gewaltig« werden (vgl. Krese 1991).

Schon seit geraumer Zeit liegt der Schatten einer militärischen Intervention über den innerjugoslawischen Konflikten. Während der zehn Jahre des Post-Titoismus - Tito verstarb im Mai 1980 - wurde schon häufiger vermutet, daß die jugoslawische Volksarmee versucht sein könnte, dem Chaos der »demokratisierenden Desintegration« der achtziger Jahre ein Ende zu setzen. Entgegen diesen Erwartungen exponierte sich die Militärspitze jedoch nicht übermäßig; immer, und dies gilt auch heute noch, behauptete sie, den Anweisungen der politischen Führung zu folgen. In Wirklichkeit hatte sich die Armee aber mehrfach eingeschaltet und dies stets in der Rolle einer überparteilichen Macht, so zum Beispiel im Kosovo - wo die Albaner Beifall klatschten, als die Panzer in Pristina einrollten. Bis vor einem Jahr wurde das, galt das, was als »jugoslawisch« bezeichnet wurde, als »supranational« und wurde von den Menschen auch so erlebt. Noch im September, als die ersten Bomben auf kroatische Städte fielen, konnten sich weder Rechte noch Linke, und das galt von der »Basis« bis zur »Spitze«, vorstellen, daß die Armee tatsächlich auf so aggressive und gewalttätige Weise intervenieren würde. Die einzigen, die von dieser Entwicklung nicht überrascht waren, waren die in Militärfragen Sachkundigen. Ihrer Einschätzung zufolge befürchtete die JNA, die auf »autarkische« Weise die Zeit nach Tito überlebt hatte, ein Verschwinden des föderalen Staates - und damit ihrer Privilegien. Ein echter Staatsstreich ist in Jugoslawien indessen nicht realisierbar: Die Armee ist von der Politik nicht unabhängig genug und die multiethnische Struktur macht eine Kontrolle des gesamten Staatsgebietes unmöglich. Paradoxerweise hat der »nicht

erfolgte Staatsstreich« die Lage auf dem Schlachtfeld kompliziert. Denn nunmehr ist auch die Bundesarmee im Begriff, sich zu »multiplizieren«: Zahlreiche Einheiten hören inzwischen nur noch auf ihren Kommandanten und akzeptieren keine Befehle aus Belgrad mehr. So ist denn die Verwirrung groß entlang den ausgedehnten Fronten zwischen Serbien und Kroatien, und der Krieg, wie er heute geführt wird, wird zu einem reinen Bandenkrieg. Diese Banden verfolgen präzise, jedoch ausschließlich regional begrenzte Ziele und betrachten alle militärischen oder politischen Strategien als Verrat.

Die dramatische Situation, die bereits zu Friedenszeiten bestand, verstärkt heute die Tragik des Krieges. Jugoslawien gleicht immer mehr einer grenzenlosen Metropole, wo man bereits hinter der nächsten Straßenbiegung eine »neue Welt« vorfindet, die gegenüber der vorherigen Welt vollkommen anders und gegensätzlich ist. Kroatien befindet sich im Krieg, jedoch verläuft das Leben in der Hauptstadt Zagreb im großen und ganzen relativ normal. Auch Serbien befindet sich im Krieg, doch auch in Belgrad sieht man nichts davon - mit Ausnahme der Familien, deren Söhne nicht mehr nach Hause zurückkehren. Und wie in den unregierbaren europäischen und amerikanischen Städten zählt auch in Jugoslawien die Macht, die auf der Straße erobert wird, und dies im Kampf für die Kontrolle über die »Zonen«. Die Macht wird hier und jetzt von demjenigen ausgeübt, der gerade die Kontrolle über das betreffende Areal hat. Alle politischen Verhandlungen erscheinen mithin als Verrat derjenigen, die »vor Ort« kämpfen - und das Mißtrauen gegenüber der Politik ist das alte historische Mißtrauen der Slawen aus dem Süden. Niemand traut mehr Irgendjemandem, Jeder und Jede fühlt sich im Krieg gegen jeden und jede. Vom »Pluralismus der selbstbestimmten Interessen« scheint als Erbe der Partikularismus geblieben - und so entwickelt sich der serbokroatische Krieg immer mehr zu einem echten *Bürgerkrieg*: Kroaten gegen Kroaten, Serben gegen Serben. Nach Ansicht einiger Politikwissenschaftler ist dies ein Zustand des »Un-Staates«, die Rückkehr zum »Naturzustand«. Nur so vermag die Theorie die »Barbarei« eines Krieges zu erklären, in dem die Toten noch verstümmelt werden.

Die »demokratisierende Desintegration« der achtziger Jahre, deren »Perversion« eine Reihe von Theoretikern hervorgehoben hat (Ramet 1985), hatte zu einer fortschreitenden Ineffizienz der Bundesbehörden in Belgrad geführt, ohne daß in der Peripherie funktionierende Lokalverwaltungen an die Stelle der Bundesbehörden gesetzt werden konnten. Das heutige Jugoslawien befindet sich in einem desolaten Zustand, jenem in der Osteria da Grand Guignol vergleichbar, die wir aus dem Film »Das Leben ist schön« kennen. Es ist die »Anarchie« eines selbstbestimmten Modells, das eine übertriebene Dezentralisierung erlaubte. Diese Anarchie erfuhr nach der Auflösung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens eine weitere Beschleunigung.

Seit dem XIV., dem letzten und »außerordentlichen« Kongress, der im Januar 1990 in Belgrad stattfand, existiert der Bund faktisch nicht mehr. Mit ihm verschwand das stärkste ideologische und praktische Bindeglied zwischen den jugo-

slawischen Teilrepubliken. Im Verlauf einer dramatischen Nacht verließen die slowenischen Delegierten den Blauen Saal des Sava-Centers; einige Monate später war diese Entscheidung endgültig. Das »Drehbuch« des Kongresses, bei dem sich die Serben allen Verhandlungen widersetzen und nicht bereit waren, ihre zahlenmäßige Mehrheit in Frage stellen zu lassen, und bei dem sich die Kroaten unschlüssig und ambivalent zeigten, wurde später zum Text zahlreicher Aufführungen, die sich anderthalb Jahre lang, bei den Rundreisen der sechs Präsidenten der Republiken, in allen jugoslawischen Hauptstädten wiederholten und sich in der Zahlenakrobatik zur Bestimmung des Vorsitzes im Bundesrat (dem von Tito zur Gewährleistung der Gleichheit aller Republiken und zur Erleichterung der Übergangsphase nach seinem Tod gedachten Organ) widerspiegelten.

Die Macht des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens splitterte sich auf und ging in einigen Fällen auf die »neuen« Parteien über. Zum Teil ist die Kontinuität vom »alten« Einparteiensystem des Bundes zur Neugründung zahlreicher »nationalistischer« Gruppen ganz erheblich. Dies gilt verständlicherweise besonders in Serbien und Montenegro, wo die kommunistische Partei mit nur geringfügiger »Namenskosmetik« an der Macht geblieben ist. Es sind dieselben Menschen, doch ist ihre politische Linie weder als sozialistisch noch als jugoslawisch zu bezeichnen. Ganz im Gegenteil: Slobodan Milosevic wurde gerade deshalb zum serbischen Präsidenten gewählt, weil er Anführer der »Wiedergeburt des serbischen Nationalismus« war, einer Vereinigung, die sich im Kampf zur »Rückeroberung des Kosovo« herausbildete. Auch in den anderen Republiken brachten die ersten Mehrparteienwahlen, die nach dem Zweiten Weltkrieg stattfanden - die ersten im Februar 1990 in Slowenien, die letzten im Dezember 1990 in Serbien - eine politische Elite an die Macht, die ihren Bindungen zur Vergangenheit viel zu verdanken hatte. Dieses Element, das sich auch bei anderen Entwicklungen in Osteuropa festzustellen läßt, insbesondere in Ungarn, hat beispielsweise in Slowenien einen weicheren Übergang - im Sinne von weniger dramatischen und nicht dermaßen krassen »Übergangszeremonien« - ermöglicht. Allerdings handelt es sich bei Slowenien um die einzige Republik Jugoslawiens, die den »Vorteil« genießt, auf nationaler Ebene homogen zu sein: nicht-slowenisch sind lediglich die Fremdarbeiter aus Bosnien und Albanien. Interessanterweise ist jedoch Kroatien die einzige Republik, in der die Führungsgruppe tatsächlich eine neue Elite darstellt, die wenig mit der ehemaligen kommunistischen Nomenklatura zu tun hat. Lediglich zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist sie in der während des Krieges gebildeten Notstandsregierung vertreten. Dem - nationalistischen - »kroatischen Frühling« im Jahre 1971 war eine weitreichende Unterdrückung derjenigen gefolgt, die diese Entwicklung getragen hatten, darunter in erster Linie Intellektuelle und Studenten. Wer heute Kroatien regiert - angefangen beim Präsidenten Franjo Tudjman, der in Titos Armee General gewesen war und sich später als Historiker betätigte - hat vermutlich einige Zeit im Gefängnis zugebracht. Zu den Verfolgten des kommunistischen Regimes gehören unter anderem Dobrislav Parage und Vojislav Seselj, die heute Anführer der Rechten sind - Pa-

rage in Zagreb und Seselj in Belgrad.

Die neue Führungsgruppe in Zagreb hat keine Erfahrung in Staatsangelegenheiten, ist politisch unfähig, wird von ausgewanderten Kroaten finanziert und ist ideologisch zu großen Teilen in der Nähe der »Ustascha« (der Faschisten) der unabhängigen kroatischen Republik des Ante Pavelic anzusiedeln. Diese Führungsgruppe sieht sich mit der serbokroatischen Frage konfrontiert, dem heikelsten Thema sowohl im ersten als auch im zweiten Jugoslawien.

Das Wort »Jugoslawien« darf man heute weder in Slowenien noch in Kroatien in den Mund nehmen. Alles, was »jugoslawisch« war, wird mit dem *heutigen* Serbien gleichgesetzt. Sämtliche »-ismen« der Geschichte des Landes kehren zurück: »Unitarismus«, »Separatismus«, »Zentralismus«. Die Gegensätze scheinen unveröhnlich, zentrifugale Tendenzen dominieren sogar in den Republiken des sogenannten »serbischen Blocks«. Heute wäre es nicht mehr denkbar, daß Serbien eine ähnliche historische Rolle für Jugoslawien spielen könnte wie Piemont für Italien, und dies auch nicht einmal in einem auf »Taschenformat« verkleinerten Jugoslawien. Auch wenn Slobodan Milosevic behauptet, er wolle eine jugoslawische »Mini-Föderation«, so ist doch seine Politik ausschließlich »serbisch«. Hierfür gibt es viele Gründe. Einer der wichtigsten ist, daß sich Serbien in der qualvollen Geschichte der Auseinandersetzungen und des Zusammenlebens mit den Südslawen immer mit dem jugoslawischen Staat identifiziert hat und sich diesem immer aus voller Überzeugung zugehörig fühlte.

Auch wenn in diesem Krieg an der militärischen Überlegenheit der »serbischen Front«, auf deren Seite die Bundesarmee steht, kein Zweifel besteht, so befand sich Serbien während der gesamten vorhergehenden Zeit doch in einer »defensiven« Position: zuerst in der autonomen Provinz Kosovo, wo die hohe albanische Geburtenrate die Serben und Montenegriner zu einer kleinen Minderheit »reduziert« hat, und sodann im Bund insgesamt, der zunehmend durch die Unabhängigkeitsbestrebungen der einzelnen Republiken erschüttert wird. Gegenwärtig nimmt die kleinste Republik des Landes, das gebirgige Montenegro, vom »nicht erklärten Krieg« Abstand und strebt den Abschluß eines inter-jugoslawischen Abkommens in Den Haag an. Das mazedonische Parlament hat bereits die Unabhängigkeit der Republik erklärt, und der Kosovo wartet lediglich auf eine Gelegenheit, sich gegen Serbien zu stellen und eine eigene Republik zu gründen oder sich dem Mutterland Albanien anzuschließen. In Bosnien-Herzegowina herrscht eine schwierige Situation. Einer weitverbreiteten Ansicht zufolge könnte dort die nächste Front errichtet werden. Die Führung dieser Republik versucht verzweifelt, diese »gemischte« Region (die Bevölkerung setzt sich mehrheitlich aus Mohammedanern, zu 30 % aus Serben und zu 20 % aus Kroaten zusammen) aus dem Konflikt herauszuhalten. Nach der Volkszählung von 1981 (die Volkszählung vom Frühjahr 1991 wurde von einer Reihe nationaler Gruppen boykottiert und erbrachte überwiegend unbrauchbare Daten) ist das Selbstverständnis eines »Jugoslawismus« in Bosnien-Herzegowina am stärksten verbreitet: Die Mehrheit der insgesamt 1,5 Millionen Einwohner ganz Jugoslawiens, die sich auch als

»Jugoslawen« verstanden, lebte 1981 in Bosnien-Herzegowina. Diese Republik erkannte mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit eines »supra-nationalen« Rahmens, um sowohl die Unterschiede zwischen Teilrepubliken wahren als auch den erforderlichen Schutz von Minderheiten gewährleisten zu können. Es ist mithin kein Zufall, daß gerade Bosnien-Herzegowina und Mazedonien in Den Haag einen Vermittlungsplan angeregt haben, in dem die Funktionen, die bei den Bundesbehörden verbleiben sollen, genannt werden.

Die sehr unterschiedliche geopolitische Lage der sechs Republiken hatte in den letzten Jahren erheblichen Einfluß auf die internen politischen Positionen. Auch wenn die jeweiligen nationalen »Führer« bei ihren Erklärungsversuchen des gegenwärtigen Geschehens von einer »Rückkehr zur Vergangenheit« sprechen, so sind doch die Konflikte, die das Land erschüttern, nach wie vor *akuelle*: Die beiden nordwestlichen Republiken waren sich relativ sicher, binnen kurzer Zeit europäisch zu werden. In Belgrad erklärte Milosevic wiederholt sein Einverständnis mit den Plänen des Premiers Ante Markovic zur Liberalisierung der Wirtschaft, wobei er jedoch immer hinzufügte, daß »Serbien nicht bereit sei, durch den Dienstboteneingang nach Europa zu kommen«. Die anderen Republiken im Süden befürchteten demgegenüber eher, vom Balkan absorbiert zu werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Wort »Balkanizacija« in Jugoslawien fast durchweg im negativen Sinne benutzt. Man assoziierte mit diesem Begriff eher eine kriegेरische und schmutzige Vergangenheit sowie politischen Haß, der leicht in Kriminalität umschlägt. All dies waren balkanisch-pannonische Elemente,<sup>1</sup> die wir in den großen Romanen von Miroslaw Krleza wiederfinden und die mit Tito und dem Titoismus überwunden schienen, zumindest im Landesinneren, wo die Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen unterdrückt, verarbeitet bzw. eingefroren wurden. In den achtziger Jahren war es dann eines der Ziele der jugoslawischen Außenpolitik und Diplomatie, Europa zu beweisen, daß »der Balkan nicht mehr der Balkan« sei. Und es gelang, die Vertreter der sechs Balkanstaaten dazu zu bewegen, über gemeinsame Probleme zu sprechen. Jugoslawien, das sich fünfzig Jahre lang in einem internationalen Rahmen befand, der zu einem Gefühl der Isolation gegenüber den Nachbarn sowohl im Osten als auch im Westen geführt hatte, mußte mit Bestürzung erkennen, daß es nicht nur nach wie vor ein Geschöpf des Balkans war, sondern darüber hinaus auch eine balkanische Föderation in den eigenen Grenzen bildete - mit einem Süden und einem Norden, einem Osten und einem Westen. Zur vertikalen, in erster Linie kulturellen Trennung kam eine horizontale Trennung im Sinne unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungen. Der jugoslawische Bundesstaat, der während der Zeit der Blöcke strategischer Bezugspunkt war und vierzig Jahre lang vom Status quo zusammengehalten wurde, konnte in der ersehnten »Nach-Jalta-Ordnung« nicht bestehen und war nicht in der Lage, eine inter-jugoslawi-

---

1 Pannonien war eine ehemalige römische Provinz, deren Gebiet nordwestlich von Belgrad lag (Anm. d. Red.).

sche »Friedenskonferenz« einzuberufen, um zu einer Neudefinition von Staaten und Grenzen zu gelangen. »Der Grund dafür ist, daß in den letzten Jahren alle Mittel und erhebliche 'Volksenergien' eingesetzt wurden um zu beweisen, daß die anderen nicht nur 'anders', sondern auch *Feinde* sind. Mißtrauen und Verdacht sind dermaßen in die Beziehungen zwischen den jugoslawischen Völkern, Republiken und autonomen Provinzen eingedrungen, daß auch politische Erklärungen, Aufrufe und die Plattformen der offiziellen politischen Organe mit dem Stil und mit den Inhalten geschrieben sind, die man in der Auseinandersetzung mit dem Feind benutzt«, so der Politologe Jovan Miric aus Zagreb.

Der innerjugoslawische Konflikt entstand aus einem »Krieg der Worte« und entwickelte sich später zu einem »Krieg der Massenmedien«, um letztlich zur bewaffneten Auseinandersetzung zu werden. Eine besonders hervorstechende Rolle spielten in der jugoslawischen Krise die Medien. Tagtäglich schürten sie mit modernen Mitteln alte Emotionen. »Wir leben in einem System der Demokratie«, so der in Zagreb lebende Schriftsteller Predrag Matvejevic bei seinem Versuch, eine Situation zu beschreiben, in der nicht alle Freiheiten aufgehoben sind und dennoch eine Diktatur zu bestehen scheint. Nach Ansicht einiger Politikwissenschaftler ist die »Demokratie« Folge einer »Kontrabandendemokratie«. Diese sei im Zusammenhang mit den ersten pluralistischen Wahlen entstanden, an der sich die meisten Parteien mit dem Zusatz »demokratisch« beteiligt hatten, und stelle eine Weiterentwicklung jener »Veto-Demokratie« dar, die jahrelang den Entscheidungsprozeß im Lande blockiert hatte: eine einzige Republik konnte mit ihrer Stimme Vorhaben und Gesetze zu Fall bringen.

Sowohl in Zagreb als auch in Belgrad wird eine Opposition gegen die »Demokratie« immer schwieriger, seit sich die beiden Republiken in einem Krieg befinden, der nach dem Scheitern aller Verhandlungs- und Gesprächsmöglichkeiten schicksalhaft zu werden scheint. Dadurch wird ein erneutes Hinterfragen der Rolle sämtlicher Nationalitäten immer schwieriger. Dies mag ein Grund sein, warum nicht nur in Jugoslawien, sondern auch »draußen«, einige Stimmen den Krieg für die einfachere Lösung halten. Der Schmelztiegel Jugoslawien ist in Wirklichkeit ein Labyrinth von nationalen, religiösen und sprachlichen Unterschieden. In den letzten zehn Jahren hat die nicht endende Wirtschaftskrise zu einer zunehmenden Auseinanderentwicklung des Lebensstandards und der Zukunftsperspektiven in den einzelnen Regionen des Landes geführt. Eine »vernünftige« Lösung wäre in der Tat der von Bosnien-Herzegowina und Mazedonien vorgeschlagene Weg, der eine Reihe von Gemeinsamkeiten - gemeinsamer Markt, Verteidigung, Außenpolitik, gleiche Bürgerrechte für alle Nationalitäten, Mehrheiten und Minderheiten - beibehalten und gleichzeitig die sechs Republiken unverändert lassen will, ohne die geographischen Grenzen zwischen den Republiken zu verändern, wobei die Grenzen lediglich von Verwaltungs- zu Staatsgrenzen werden. Ein anderer, in Den Haag von der EG mit sowjetischer und amerikanischer Zustimmung vorgeschlagener Plan steht einer weitreichenden Interpretation offen.

Doch dieser Krieg, der nach langer »Inkubationszeit« ausbrach, ist nicht ohne weiteres zu unterbrechen. Auf dem Schlachtfeld haben sich die Kriegshandlungen ausgedehnt, an jeder Ecke trifft man mittlerweile eine zu große Zahl von bewaffneten Polizeiangehörigen und Zivilisten, die bereit sind, das zu verteidigen, was sie als eigenes Gebiet und eigene Nation betrachten. Sowohl den großen als auch den kleinen Nationen Jugoslawiens ist ein Traum gemeinsam: von Europa anerkannt zu werden (Bichsel 1991), das sich, wie eine »blasse Mutter«, nicht um die entfernten Söhne kümmert.

## Literatur

Bichsel, Peter (1991): *I giorni della Slovenia*, Triest.

Krese, Marusa (1991): Abschied von Slowenien, in: *DIE ZEIT* vom 6.9.1991.

Ramet, Pedro (1985): *Yugoslavia in the 1980s*, Boulder/London.